

# Rathaus - Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:  
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662  
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

---

Dienstag, 19. November 1968

Blatt 3339

Geehrte Redaktion!

=====

Auf Einladung des "Presseclub Concordia" werden am  
Dienstag, dem 26. November, um 14 Uhr, der städtische Finanz-  
referent Vizebürgermeister Felix Slavik und die Stadträtin für  
die Städtischen Unternehmungen, Dr. Maria Schaumayer, in den  
Räumen des Clubs, 1, Bankgasse 8, den in- und ausländischen  
Journalisten Einzelheiten über den Voranschlag der Bundeshaupt-  
stadt Wien und über die Wirtschaftspläne der Städtischen Unter-  
nehmungen für das Jahr 1969 mitteilen. Anschließend Diskussion.

Sie sind herzlich eingeladen, an dieser Pressekonferenz  
teilzunehmen.

---

Bürgermeister Marek begrüßte Gewerkschaftstagung der Gastge-  
werblichen Arbeiter

19. November (RK) Heute vormittag wurde im Franz Domes-  
Heim der Gewerkschaftstag der Gastgewerblichen Arbeiter er-  
öffnet. Bürgermeister Bruno Marek hielt dabei folgende Begrüßungs-  
ansprache:

"Die Gewerkschaft gastgewerblicher Arbeitnehmer ist zwar  
nur eine kleine Gruppe im großen Verband des Österreichischen  
Gewerkschaftsbundes, aber sie blickt auf eine langjährige und  
stolze Tradition zurück und sie nimmt im wirtschaftlichen Leben  
Österreichs eine besondere Stellung ein. Von der Zufriedenheit  
und dem sozialen Wohlergehen der gastgewerblichen Arbeitnehmer  
unseres Landes, von dem Interesse an diesem Beruf und dem Zustrom  
der Arbeitskräfte hängt in weitem Maße das Gedeihen unseres  
Fremdenverkehrs und damit zum erheblichen Teil auch unserer  
gesamten Wirtschaft ab. Daß allen Schwierigkeiten und den be-  
sonderen Umständen in dieser Beschäftigung zum Trotz immer von  
neuem Interesse an gastgewerblichen Berufen bekundet wird, ist  
nicht zuletzt das Ergebnis der jahrzehntelangen Arbeit der  
Gewerkschaftsorganisation.

In dem Bericht Ihres Vorstandes an den 7. Gewerkschafts-  
tag heißt es unter anderem: 'Unser Acker ist steinig und ertragsarm.'  
Wahrhaftig ein treffendes Wort! Und dennoch: gerade gemessen an  
dieser strukturbedingten 'Ertragsarmut' können die Leistungen  
und die Erfolge der Gewerkschaft der gastgewerblichen Arbeit-  
nehmer - seit der Gründung des 'Zentralverbandes der im Gast-  
und Schankgewerbe Beschäftigten beiderlei Geschlechts' im Jahre  
1906 - nicht hoch genug eingeschätzt werden. Vor allem in den  
Fragen von Urlaub, Krankheit und Feiertagsarbeit konnten wesent-  
liche Verbesserungen erzielt werden, von denen die gastgewerblichen  
Arbeitnehmer vor fünf Jahrzehnten kaum zu träumen gewagt hätten.

Aber nicht nur auf sozialpolitischem und lohnpolitischem Gebiet haben die gastgewerblichen Arbeitnehmer und ihre Organisation seit jeher ihren Mann gestellt. Sie haben auch im politischen Bereich gezeigt, wie sehr sie sich bewußt sind, daß nur Demokratie und Freiheit im staatlichen Leben ihnen die erkämpften Rechte sichern und die Voraussetzung für weitere Erfolge bieten können. Die in den Archiven der Gewerkschaftsbewegung aufbewahrten, in Klein- und Dünndrucke hergestellten illegalen Zeitungen der gastgewerblichen Gewerkschaftsorganisation aus der Zeit des Faschismus beweisen, daß auch in Ihren Reihen stets ein waches politisches Bewußtsein herrschte, das den Sieg in gewerkschaftlichen Kämpfen gewährleistet.

Diese große Vergangenheit und diese Generallinie der Gewerkschaftsbewegung, liebe Tagungsteilnehmer, dürfen Sie nicht vergessen, wenn Sie sich heute mit den vielen Sorgen und Nöten Ihrer Organisation beschäftigen. Die Schwierigkeiten gewerkschaftlicher Arbeit in einem Wirtschaftszweig, in dem nur 2,8 Prozent der Betriebe mehr als zehn Beschäftigte haben, in dem 60 Prozent der Unternehmungen reine Familienbetriebe sind und weitere 17 Prozent nur einen einzigen Arbeitnehmer beschäftigen, müssen jedermann klar sein. Die daraus folgenden, in anderen Wirtschaftszweigen längst überholten, patriarchalischen Verhältnisse in vielen Betrieben werden leider oft genug zu einem Druck auf das Lohnniveau und die sozialen Rechte des Arbeitnehmers ausgenützt. Hinzu kommen die starke Fluktuation und das saisonbedingte Schwanken der Beschäftigtenzahlen in allen gastgewerblichen Berufen. Das alles legt der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit erhebliche Hindernisse in den Weg.

Ich kann jedoch mit Genugtuung feststellen, daß sich die Arbeit der Gewerkschaft gastgewerblicher Arbeitnehmer diesen besonderen Bedingungen erfolgreich angepaßt hat. Einen großen Raum in Ihrer Tätigkeit nimmt die individuelle Mitgliederbetreuung ein: die für Arbeitsgerichtsverfahren angelegten Rechtsschutzakten legen ein beredtes Zeugnis über die Streitfälle und Kämpfe ab, die auf sozialpolitischem Gebiet ausgefochten wurden.

Angesichts der Eigenart des Wirtschaftszweiges hat die Gewerkschaft aber auch noch eine besondere psychologische Aufgabe: die gastgewerbliche Arbeitnehmerschaft auch in den patriarchalisch geführten Betrieben zu Selbstbewußtsein und Stolz auf die eigene Leistung zu erziehen! Es ist selbstverständlich, daß in den Dienstleistungsberufen der Dienst am Kunden groß geschrieben werden muß. Anpassungsbereitschaft, Zuvorkommenheit und Höflichkeit sind die Tugenden des gastgewerblichen Arbeitnehmers. Die Tatsache, daß der österreichische Fremdenverkehr in der ganzen Welt großen Ruf und hohes Ansehen genießt, beweist, daß die von mir zitierten Tugenden von den im Gastgewerbe Tätigen (Menschen) jederzeit als ihre Berufspflichten aufgefaßt wurden. Zwischen Berufspflichten und Berufsrecht den richtigen Weg zu finden, ist eine verantwortungsvolle und entsprechend schwere Aufgabe. Ihr Gewerkschaftsverband hat diese erzieherische Aufgabe, die nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, erfüllt und bemüht sich immer wieder von Neuem sie zu erfüllen.

Ich wünsche dem 7. Gewerkschaftstag der gastgewerblichen Arbeitnehmer viel Erfolg und fruchtbare Ergebnisse. Möge die Stellung des gastgewerblichen Arbeiters alsbald jenes Niveau erreichen, das ihm in seiner gesellschaftlichen Funktion als einem der wichtigsten Repräsentanten des österreichischen Fremdenverkehrs von rechts zugeht!"

- - -

Generalversammlung der Johann Strauß-Gesellschaft  
 =====  
Zweiter Band der Strauß-Gesamtausgabe erschienen

19. November (RK) Die Johann Strauß-Gesellschaft Wien hielt gestern unter dem Vorsitz ihres Präsidenten Bürgermeister Kom. Rat Bruno Marek ihre ordentliche Generalversammlung ab.

Zu den wichtigsten Punkten der Tagesordnung zählte die Vorlage des zweiten Bandes der unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Dr. Fritz Racek erscheinenden Johann Strauß-Gesamtausgabe. Bekanntlich wurde der erste Band der Tanzmusik-Serie (Band I/19) im Herbst vorigen Jahres präsentiert. Er enthielt die Opera 304 bis 316, darunter mit Opus 314 den Walzer "An der schönen blauen Donau", dessen hundertjähriges Jubiläum 1967 festlich begangen wurde.

Der nunmehr vorliegende Band (Band I/18) umfaßt die Werke mit den Opuszahlen 292 bis 303, und zwar die Walzer "Aus den Bergen", "Feuilleton", "Bürgersinn", "Hofballtänze" und "Flugschriften", die Schnellpolkas "Prozeß" und "Electrophor", die Polkas francaises "Episode", "Kreuzfidel" und "Die Zeitlose" sowie die Quadrillen "Die Afrikanerin" und "Bal champêtre".

Die Finanzierung dieser beiden Bände ist vor allem der Stadt Wien und dem Bundesministerium für Unterricht zu danken. Wie groß das Interesse an der Gesamtausgabe in aller Welt ist, beweisen die bisher vorliegenden zahlreichen Subskriptionen, die vor allem aus den USA, Deutschland, Japan, Österreich und den skandinavischen Ländern einlangten.

Derzeit befindet sich der dritte Band der Gesamtausgabe in Arbeit. Es ist dies der erste Band aus der Operettenserie, mit dessen Erscheinen im Herbst 1969 zu rechnen ist. Die Finanzierung dieses Operettenbandes hat in dankenswerter Weise die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien übernommen, die mit diesem Widmungsband ihre Aktionen auf kulturellem Gebiet fortsetzt.

Die Generalversammlung der Johann Strauß-Gesellschaft hat in der gleichen Sitzung beschlossen, Prof. Max Schönherr anlässlich der Vollendung seines 65. Lebensjahres in Würdigung seiner jahrzehntelangen künstlerischen Tätigkeit und seiner um-

fangreichen Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Musik der Strauß-Dynastie zum Ehrenmitglied zu ernennen.

Einstimmig wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt, dem als Präsident Bürgermeister Bruno Marek vorsteht. Vizepräsidenten sind die Herren Kom.Rat Hans Linhart und Gen.Dir. Dkfm.Dr. Josef Neubauer. Ehrenpräsident der Jonann Strauß-Gesellschaft ist Hofrat Prof. Franz Salmhofer. Dem Vorstand gehören weiters an: Gen.Dir. Otto Binder, Prof. Joseph Böhm, Hofrat Dr. Alois Brommer, Hofrat Dr. Rudolf Kalmar, Gen.Dir. Dr. Hans Lauda, Hofrat Dr. Max Neugebauer, Direktor Alfred Porges, Prof. Dr. Fritz Racek, Alice Rosenberg, Prof. DDr. Philipp Ruff, Kapellmeister Eduard Strauß und Prof. Dr. Erik Werba.

- - -

#### Schüleröffnung in der Autokaderstraße

=====

19. November (RK) Wir erinnern daran, daß morgen, Mittwoch, den 20. November, um 9,30 Uhr, Bürgermeister Bruno Marek und Stadträtin Gertrude Sandner die neuerbaute Völksschule in der Autokaderstraße in Floridsdorf ihrer Bestimmung übergeben werden.

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Foto-reporter zu der Feier zu entsenden.

Zeit: 20. November, 9.30 Uhr

Ort: 21, Autokaderstraße

Zufahrt: Straßenbahnlinie 152; mit dem Pkw über Prager Straße.

Vor der Shell-Station nach links abbiegen.

- -

Per Albin Hansson-Siedlung: Mehr Schulkinder als erwartet  
=====

19. November (RK) Die neue achtklassige Volksschule der Stadt Wien in der Per Albin Hansson-Siedlung ist bereits zu klein geworden. Um alle künftigen Taferlklassler aufnehmen zu können, ist es notwendig, einen Erweiterungsbau für vier Klassen anzuschließen.

Der eingeschossige Schülertrakt wird an die Südseite des Schulhauses angebaut. Nach den Plänen der sieben mit dem Bau befaßten Architekten wird der ebenerdige Zubau in Fertigteilbauweise ausgeführt, wobei die zusätzlich verbaute Fläche rund 166 Quadratmeter umfassen wird.

Der Kulturausschuß genehmigte für die Schulerweiterung 2,7 Millionen Schilling sowie eine Erhöhung des seinerzeit genehmigten Sachkredites um drei Millionen Schilling, so daß die Schule in der Per Albin Hansson-Siedlung insgesamt 22,2 Millionen Schilling kosten wird.

- - -

Geehrte Redaktion!  
=====

19. November (RK) Wir erinnern daran, daß morgen, Mittwoch, den 20. November, um 11 Uhr Stadtrat Hubert Pfoch über das Bäderkonzept der Stadt Wien berichten wird.

Ort: Presseforum, 1, Rathausstraße 1, Sitzungszimmer;

Zeit: Mittwoch, 20. November, 11 Uhr.

- - -

## Sportzentrum West in Hütteldorf

=====

19. November (RK) Bekanntlich soll in Hütteldorf eine große Sportanlage mit der Bezeichnung "Sportzentrum West" errichtet werden. Sie wird zwischen Linzer Straße - Deutschordenstraße - Keißlergasse und Bahnhofstraße angelegt. Die dort noch befindlichen Kleingärten müssen abgesiedelt, die Besitzer der abzusiedelnden Gärten entschädigt werden. Der Entschädigungsbetrag, der heute dem Kulturausschuß des Gemeinderates zur Genehmigung vorgelegt wurde, beträgt 485.000 Schilling. Der Wiener Gemeinderat wird dann endgültig beschliessen.

- - -

## 5,1 Millionen S für Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht

=====

19. November (RK) Nach dem Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 25. Oktober, sollen nunmehr auch die Schüler der allgemeinbildenden Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht ebenso wie alle übrigen Wiener Pflichtschüler Lehr- und Lernmittel kostenlos von der Gemeinde zur Verfügung gestellt erhalten. Für die Versorgung der Privatschulen mit Schreib- und Zeichenrequisiten, Mädchenhandarbeitsmaterial, Lernbücher und Klassenlesestoff für das laufende Schuljahr 1968/69 ist ein Gesamtbetrag von 5,150.000 Schilling notwendig. Der Antrag wurde genehmigt und zur endgültigen Erledigung an den Gemeinderat weitergeleitet.

- - -



Angelobung von neuen Mitarbeitern der Stadt Wien  
=====

19. November (RK) Im Stadtsenatssaal des Rathauses hat heute Personalstadtrat Hans Bock im Namen des Bürgermeisters 216 neu aufgenommene Bedienstete der Stadt Wien angelobt. Bei der Feier waren die Stadträtin für die Städtischen Unternehmungen, Dr. Maria Schaumayer, sowie Vertreter der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und die Mitglieder des Gemeinderatsausschusses für Personalangelegenheiten anwesend. Das Gelöbnis leisteten 59 Frauen und 197 Männer. Von ihnen werden 148 bei der Hoheitsverwaltung und 52 bei den Verkehrsbetrieben, 12 im E-Werk und vier im Gaswerk ihren Dienst versehen.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten  
=====

19. November (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Karotten 4 Schilling, Weißkraut 3 Schilling je Kilogramm.

Obst: Äpfel: Qualitäts-Klasse Kochobst 3 bis 5 S, Äpfel:

Qualitäts-Klasse II 5 bis 8 S , Orangen 7 S je Kilogramm.

- - -

Wiener Budget und Wirtschaftspläne 1969 im Stadtsenat eingebracht  
=====

19. November (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Bruno Marek fand heute mittag eine gemeinsame Sitzung des Wiener Stadtsenates mit dem Finanzausschuß des Gemeinderates statt. In dieser hat der städtische Finanzreferent, Vizebürgermeister Felix Slavik, den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für 1969 (ordentliche Ausgaben von 13.220,912.000 S, und außerordentliche Ausgaben von 271,820.000 S, zusammen also 13.492,732.300 S, der voraussichtliche Abgang beträgt 278,870.900 S) eingebracht. Ebenso hat die Stadträtin für die Städtischen Unternehmungen, Dr. Maria Schaumayer, die Wirtschaftspläne der Wiener Stadtwerke (Aufwendungen: 5.531,900.000 S, der Verlust wird mit 408,1 Millionen S angenommen) vorgelegt.

Wie Vizebürgermeister Slavik mitteilte, ist der Voranschlag für 1969 wieder im Einvernehmen und in Zusammenarbeit mit allen Amtsführenden Stadträten zustande gekommen.

Die Einzelheiten des Voranschlages der Stadt Wien, dessen Drucklegung im Gang ist, werden Dienstag, den 26. November, 14 Uhr, in einer Pressekonferenz im Concordia-Haus, 1, Bankgasse 8, mitgeteilt werden.

In der Schmidthalle öffentlich aufgelegt

Vom 27. November bis einschließlich 4. Dezember wird der Voranschlag diesmal in der Schmidthalle (Informations- und Beschwerdestelle) zur öffentlichen Einsicht aufliegen. Allfällige "Erinnerungen" der Gemeindemitglieder zum Voranschlagsentwurf 1969 werden dort zu Protokoll genommen.

Die Beratungen des Wiener Gemeinderates über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1969 beginnen voraussichtlich am Donnerstag, dem 12. Dezember.

Wiener Wohnbauaktion 1969: Wieder VerbesserungenEin Riegel gegen Winterarbeitslosigkeit

19. November (RK) Der Wiener Stadtsenat und der Finanzausschuß des Gemeinderates haben heute dem Entwurf der Wiener Wohnbauaktion 1969 zugestimmt. Damit setzt die Stadt Wien die Bemühungen um eine Forcierung des Wohnbaues neben der eigenen kommunalen Wohnbautätigkeit fort. Durch die neue Aktion sollen wieder 10.000 Wohnungen gefördert werden. Bereits am Freitag wird der Gemeinderat darüber endgültig beschließen. Durch den frühen Termin wird es möglich sein, mit dem Bau eines Teiles der Wohnungen noch in diesem Jahr zu beginnen. Die frühe Beschlußfassung soll ein kräftiger Schlag gegen die Winterarbeitslosigkeit sein.

Wie Vizebürgermeister Felix Slavik heute in einem Rundfunkinterview, das um 18.15 Uhr im Regionalprogramm gesendet wird, erklärte, sieht die neue Aktion einige Verbesserungen gegenüber der Wohnbauaktion 1964 vor. So werden beispielsweise bei Objekten mit Zentralheizung künftig Zinszuschüsse für Kredite bis 165.000 Schilling gewährt. Bisher wurden die Zuschüsse nur bis zu einem Betrag von 153.000 Schilling bewilligt. Dieser Betrag ist nun als Höchstgrenze für Wohnungen ohne Zentralheizung festgelegt. Mit dieser Maßnahme will die Stadt Wien erreichen, daß nahezu ausschließlich Wohnungen gebaut werden, die dem modernsten Standard entsprechen. Die Mehrkosten, die allein durch die Hinaufsetzung des Limits entstehen, schätzt Vizebürgermeister Slavik auf rund 120 Millionen Schilling.

Die geförderten Wohnungen dürfen künftig größer sein. Als neue Höchstgrenze wurden 110 Quadratmeter festgelegt. Wenn die Wohnung jedoch nicht nur für ein Ehepaar mit Kindern, sondern auch für Verwandte oder Verschwägerte bestimmt ist, kann in Einzelfällen eine Überschreitung der Wohnnutzfläche bis zu zehn Quadratmetern bewilligt werden.

Bisher hatte die Stadt Wien für die Förderungskredite den Zinsendienst in der Höhe von 6 1/2 Prozent übernommen. Nach dem neuen Beschluß wird die Stadt an Stelle der Über-

nahme des Zinsendienstes einen Zinsenzuschuß in der gleichen Höhe gewähren. Diese Änderung wurde notwendig, weil man weiterhin beim gleichen Umfang der Förderung bleiben wollte, die Kreditinstitute jedoch nun sieben Prozent verlangen. Das halbe Prozent pro Jahr werden die Wohnungswerber selbst tragen müssen.

Die neue Kreditaktion wurde notwendig, weil die Wiener Wohnbauaktion seit längerer Zeit bereits zur Gänze ausgeschöpft ist. 2116 Ansuchen konnten sogar nicht mehr berücksichtigt werden. Soweit diese Ansuchen nicht zurückgestellt wurden, stehen sie nun selbstverständlich an erster Stelle und werden sofort nach der Beschlußfassung durch den Gemeinderat behandelt.

Um jede Verzögerung der Bautätigkeit zu vermeiden, wird die Stadt Wien bei jenen Vorhaben, die noch nicht grundbücherlich sichergestellt sind, die Bürgschaft hinsichtlich des Förderungsdarlehens gegenüber den Kreditinstituten übernehmen. In der Vergangenheit gab es nämlich einige Fälle, wo die Baurechtsbestellung geraume Zeit in Anspruch nahm. Die neue Regelung soll die Kreditinstitute in die Lage versetzen, die Mittel unverzüglich flüssig zu machen.

Diese Förderung, die die kommunale Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien ergänzt, darf nur in Anspruch genommen werden, wenn keine anderen gleichartigen Förderungsmaßnahmen beantragt sind. Bisher wurden lediglich österreichische Staatsbürger gefördert. Nun sind auch die sogenannten Volksdeutschen, - das sind Personen deutscher Sprachzugehörigkeit, die staatenlos sind oder deren Staatsangehörigkeit ungeklärt ist - dem österreichischen Staatsbürger gleichgestellt.

Die Mindesthöhe der bereitzustellenden Eigenmittel ist gleich geblieben: Ehepaare oder Einzelpersonen mit höchstens zwei im gemeinsamen Haushalt lebenden, unversorgten Kindern müssen zehn Prozent aufbringen, Ehepaare oder Einzelpersonen mit drei oder mehr Kindern fünf Prozent. Die Laufzeit der durch die Stadt Wien geförderten Kredite beträgt 37 1/2 Jahre.

Parlamentarier in der Jubiläumsausstellung  
=====

19. November (RK) Mehr als zwanzig Abgeordnete zum Nationalrat, Mitglieder des Finanz- sowie des Bauausschusses, besuchten heute mittag die Wiener Jubiläumsausstellung 1968. In Vertretung des Bürgermeisters empfing Stadtrat Hans Bock die Gäste aus dem Ring, die unter der Führung des Abgeordneten Erwin Machunze gekommen waren. Auch die Abgeordneten Eduard Weikhart, Heinrich Scheibengraf und Walter Mondl gehörten zur Delegation.

Stadtrat Bock hieß die Parlamentarier willkommen und betonte, die Wiener Stadtverwaltung habe das schwierige Problem, Zeitgeschichte darzustellen, dadurch gelöst, daß sie die Gestaltung der Ausstellung einem Team von Fachleuten in Eigenverantwortung übertragen hat. Abgeordneter Machunze dankte für die Einladung und wies darauf hin, daß das Schicksal des Hauses am Ring immer eng mit jenem des Wiener Rathauses verbunden gewesen sei.

Die Abgeordneten, die von Stadtrat Bock durch die Ausstellung geführt wurden, zeigten sich von dem Werk äußerst beeindruckt, insbesondere von der Filmvorführung im Diaskop.

Hohe Wiener Auszeichnung für Manfred Mautner-Markhof  
=====

19. November (RK) Unter Vorsitz von Landeshauptmann Bruno Marek hat heute die Wiener Landesregierung einstimmig beschlossen, dem Großindustriellen Ing. Dr. Manfred Mautner-Markhof anlässlich der Vollendung seines 65. Lebensjahres und in Würdigung seiner hervorragenden Leistungen auf dem wirtschaftlichen und kulturellen Sektor das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien zu verleihen. Der Zeitpunkt der feierlichen Überreichung im Wiener Rathaus wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Schutzmaßnahmen für den regulierten Liesingbach  
=====

19. November (RK) Der Liesingbach in Ober-Laa im 10. Bezirk wurde vor etwa 18 Jahren reguliert, wobei die Niederwasserrinne und die Böschung mit Bruchsteinen gepflastert wurde. In den letzten Wintern haben der strenge Frost und die Einwirkung der Abwässer bewirkt, daß der Füllbeton der Fugen zerstört wurde. Größere Hochwasser haben schwere Bruchsteine herausgerissen, so daß künftige Hochwasser verheerende Folgen haben könnten.

Zum Schutz der Regulierungsanlagen des Liesingbaches hat Baustadtrat Kurt Heller heute in der Sitzung des Wiener Stadt senates eine gründliche Sanierung der Niederwasserrinne beantragt. Es ist beabsichtigt, die bachabwärts der Schwefelquelle gelegene, stark beschädigte Bachstrecke auf eine Länge von einem dreiviertel Kilometer unter Verwendung von Bruchsteinen auf Unterbeton zu pflastern. Um den Beton gegen die schwefelhaltigen Wasser widerstandsfähig zu machen, soll ein Spezialzement, und zwar Contragreß-Zement, verwendet werden. Die Kosten dieser Arbeiten werden mit 5,5 Millionen Schilling angenommen. Der Wiener Gemeinderat wird am Freitag über diesen Antrag entscheiden.

- - -

Ausschreibungsprojekt für den U-Bahnabschnitt "Favoritenstraße"  
=====

19. November (RK) Im Wiener Stadtsenat referierte heute Stadtrat Kurt Heller einen Antrag, der sich mit dem U-Bahnabschnitt "Favoritenstraße" beschäftigte. Dieser Abschnitt liegt in seiner Entwicklung zeitlich an zweiter Stelle hinter dem Bauabschnitt "Karlsplatz". Es soll für den Abschnitt "Favoritenstraße" ein Ausschreibungsprojekt erstellt werden. Dabei handelt es sich um die Linie U-1 von der Paulanergasse bis Reumannplatz. Der Stadtsenat genehmigte auf Antrag von Stadtrat Heller einen Betrag von 2,9 Millionen Schilling. Der Wiener Gemeinderat wird am kommenden Freitag darüber den endgültigen Beschluß fassen.

- - -

Am Freitag Wiener Gemeinderat  
=====

19. November (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Bruno Marek wird kommenden Freitag, den 22. November, um 10 Uhr, der Wiener Gemeinderat zu einer Geschäftssitzung zusammentreten. Die Tagesordnung umfaßt 64 Punkte. Unter anderem wird dem Wiener Gemeinderat auch die "Wiener Wohnbauaktion 1969" und der grundsätzliche Beschluß für die Errichtung des neuen Schlachthofes St. Marx zur Beratung vorliegen.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 19. November  
=====

19. November (RK) Neuzufuhr 3979, davon 534 Durchläufer, Gesamtauftrieb 3979. Unverkauft 0. Auftrieb am Auslandsschlachthof: Polen 100, Ungarn 140, DDR 1036.

Preise: extrem 17 bis 17.80 (20 Stk - 18 S), 1. Qualität 16.20 bis 16.90, 2. Qualität 15.70 bis 16.10, 3. Qualität 14 bis 15.60 (1 Stk - 14 S), Zuchten extrem 12.80 bis 13.50 (1), Zuchten 12 bis 12.70. Altschneider 10.50 bis 12.50.

Ausländische Schweine, Notierungen: Polen 15.30 bis 16.70, Ungarn 15.80, DDR 15.10 bis 16.50.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine erhöhte sich um 16 Groschen und beträgt 16.43 je Kilogramm. Außermarktbezug in der Zeit vom 15.11. - 19.11., ohne Direkteinbringung in die Bezirke 1631 Stk.

- - -

Pferdehauptmarkt vom 19. November  
=====

19. November (RK) Auftrieb am Zentralviehmarkt 31 Stück, davon 1 Fohlen. Verkauft wurden als Schlachttiere 13 Stück, als Nutztiere 0, Unverkauft blieben 18 Stück.

Herkunft: 1 Pferd aus Wien, 5 aus dem Burgenland, 23 aus Niederösterreich, 2 aus Oberösterreich.

Schlachttiere Notierungen: Pferde extrem 11.80, 1. Qualität 9 bis 10.10, 2. Qualität 8 bis 8.80, 3. Qualität 6 bis 7. Unverkauft vom Vormarkt 5 Stück aus Jugoslawien. Neuzuführen 69 somit 74 aus Jugoslawien. Hievon wurden 5 Pferde zum Preis von S 9.50 je Kilogramm verkauft. 69 Pferde blieben unverkauft. Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtpferde erhöhte sich um 15 Groschen und beträgt 8.33 je Kilogramm.

- - -  
/



Senatsrat Dipl.-Ing. Anton Taborsky plötzlich gestorben  
=====

19. November (RK) Völlig überraschend starb Sonntag, den 17. November, Senatsrat Dipl.-Ing. Anton Taborsky, Leiter der Magistratsabteilung 46 (Technische Verkehrsangelegenheiten). Senatsrat Taborsky, dessen Tod einen großen Verlust für den Magistrat der Stadt Wien bedeutet, stand im 59. Lebensjahr. Er war seit 13 Jahren als Leiter der Magistratsabteilung 46 tätig. Taborsky stand seit dem Jahre 1937 im Dienst der Gemeinde Wien. (Soweit bereits mit Fernschreiber durchgegeben!)

+

Die Verdienste des Verstorbenen finden sich in der komplexen Materie des Verkehrswesens, also auf einem Gebiet, welches für den Menschen des technischen Zeitalters immer mehr Bedeutung gewinnt. Taborsky hat nicht nur maßgeblich an der Gestaltung der österreichischen Kraftfahrgesetzgebung mitgewirkt, sondern auch bei der Lösung der Verkehrsprobleme in der Bundeshauptstadt seit Jahren eine entscheidende Rolle gespielt. Seine Arbeiten auf dem Gebiet der Verkehrssteuerung haben ihm auf vielen internationalen Fachveranstaltungen große Anerkennung eingebracht. Senatsrat Taborsky hat als Leiter der Magistratsabteilung 46 länger als ein Jahrzehnt hindurch die Entwicklung Wiens von der verkehrstechnischen Seite aus maßgeblich und im Interesse aller Bürger dieser Stadt beeinflusst.

- - -

Sängerknaben bei Hausmusik

=====

19. November (RK) Die Wiener Sängerknaben waren heute Gäste von Bürgermeister Bruno Marek beim traditionellen Hausmusik-Nachmittag im Rathaus. Die kleinen Weltreisenden in Musik fanden Weltreisende der Musik als Vortragende: Schüler des Konservatoriums der Stadt Wien, unter ihnen eine bezaubernde Japanerin im Kimono und ein Schüler aus Australien, bestritten das Programm, das seit dem Bestehen dieser Musiknachmittage hauptsächlich Franz Schubert gewidmet ist. Kein Zufall: der 19. November ist der Todestag dieses großen Wiener Musikers, der in seiner Jugend ebenfalls Sängerknabe gewesen war.

Unter den Gästen waren der Erste Präsident des Wiener Landtages, Dr. Wilhelm Stemmer, Vizebürgermeister Felix Slavik, die Stadträte Hans Bock, Dr. Maria Schaumayer, Reinhold Suttner und der Präsident des Wiener Stadtschulrates, Hofrat, Doktor Max Neugebauer.